

Hellmuth Lange

**Rapid change in agricultural policies.
The BSE-crisis in Germany (2000-2001)**

**artec-paper Nr. 119
November 2004**

ISSN 1613-4915



artec - Forschungszentrum Nachhaltigkeit
Enrique-Schmidt-Str. 7
Postfach 330 440
28334 Bremen
<http://www.artec.uni-bremen.de>

Forschungszentrum Nachhaltigkeit (artec)

Universität Bremen
Seminar- und Forschungsverfügungsgebäude (SFG)
Enrique-Schmidt-Str. 7
Postfach 33 04 40

D-28334 Bremen

Telefon: +49-421-218-2435

Telefax: +49-421-218-4449

e-Mail: sek@artec.uni-bremen.de
www.artec.uni-bremen.de

Ansprechpartnerin: Andrea Meier Tel: +49-421-218-4501

e-Mail: andrea.meier@artec.uni-bremen.de

Das Forschungszentrum Nachhaltigkeit ist eine Zentrale Wissenschaftliche Einrichtung der Universität Bremen. Es wurde 1989 zunächst als Forschungszentrum **Arbeit** und **Technik** (artec) gegründet. Seit Mitte der 90er Jahre werden Umweltprobleme und Umweltnormen in die artec-Forschung integriert. Das Forschungszentrum bündelt heute ein multidisziplinäres Spektrum von - vorwiegend sozialwissenschaftlichen - Kompetenzen auf dem Gebiet der Nachhaltigkeitsforschung. „artec“ wird nach wie vor als ein Teil der Institutsbezeichnung beibehalten.

Das Forschungszentrum Nachhaltigkeit gibt in seiner Schriftenreihe „artec-paper“ in loser Folge Aufsätze und Vorträge von MitarbeiterInnen sowie ausgewählte Arbeitspapiere und Berichte von durchgeführten Forschungsprojekten heraus.

Das Forschungszentrum Nachhaltigkeit (artec) – Kurzportrait

Das Forschungszentrum Nachhaltigkeit bündelt ein multidisziplinäres Spektrum von - vorwiegend sozialwissenschaftlichen - Kompetenzen auf dem Gebiet der Nachhaltigkeitsforschung. Im Mittelpunkt stehen dabei zwei innovative Fragen:

- Was kann erkannt und getan werden, um die Verletzlichkeit sozialer und natürlicher Systeme zu reduzieren?
- Was ist nötig, um deren „Abwehrkräfte“ zu steigern?

Die Hauptkompetenzen liegen in den Bereichen: Arbeitswissenschaft, Technikfolgenabschätzung und Technikbewertung, Managementlehre, Umweltsoziologie und Umweltpolitik.

Integration, Interdisziplinarität und Gestaltungsorientierung bilden die Leitorientierungen für Forschung und Beratung und es werden verschiedene konzeptionelle Zugänge zur Nachhaltigkeitsproblematik quer zum Disziplinbezug verfolgt.

Die Forschung wird gegenwärtig in vier interdisziplinär ausgerichteten Forschungsfeldern durchgeführt:

Soziale Nachhaltigkeit und Arbeit

Decent Work, Regulierung von Arbeitsbedingungen in globalen Wirtschaftsstrukturen und Arbeitsgestaltung in Organisationen.
(Guido Becke, Eva Senghaas-Knobloch)

Nachhaltigkeitsmanagement und Unternehmensentwicklung

Effizienz und Nachhaltigkeit; Probleme der strategischen Planung nachhaltiger Unternehmensentwicklung und Kooperationsperspektiven.
(Georg Müller-Christ, Brigitte Nagler)

Nachhaltigkeitsorientierte Technikentwicklung und -bewertung

Stoffstrommanagement und Kreislaufwirtschaft, technikorientierte Leitbildforschung und sozialwissenschaftliche Untersuchung der Technikgenese und -regulierung mit Blick auf moderne Schlüsseltechnologien.
(Arnim von Gleich, Hans Dieter Hellige, Ulrich Dolata)

Nachhaltigkeit in Kommune und Region - Change-Management und Alltag

Entwicklung nachhaltiger Handlungsmuster und Strukturen in Politik und Verwaltung, Routinen der persönlichen Alltagsgestaltung und -organisation, Konsummuster und Lebensstile.
(Hellmuth Lange, Ines Weller)

Hellmuth Lange
Research Center for Sustainability Studies (artec)
University of Bremen / Germany
lange@artec.uni-bremen.de
Fon +49 421 218 2415

Abstract

Rapid change in agricultural policies. The BSE-crisis in Germany (2000-2001)

Today, „governance“ is regarded as the most effective tool to work on and to solve civil political conflicts between competing social claims (Grote/Mbikpi2001). This applies for the field of agricultural and rural problems, too (Berkes/Folke/Colding 1998; Lance/Gunderson/Holling 2001). Governance is considered to compensate the weaknesses of traditional forms of political-administrative interventions (state failure due to continuous functional differentiation and individualisation).

On the other hand, governance mostly enables incremental changes only. Such a change usually proceeds slowly. But in view of the dramatic potential of non-sustainable practices and routines and there is a strong demand for a more substantial and rather rapid change. Agriculture represents in many respects a perfect example for this expectation.

However, the more substantial and rapid the intended changes are being conceived the more they inevitably get in conflict with more or less firmly established power structures. Thus, the question arises: How do such hierarchies of power get moving? Or even better: How can rapid and substantial change in favour of more sustainable practices and orientations can be stimulated? Metaphorically speaking: Are there examples to be found where the focus was not primarily on modifying the distribution of a given cake but where the recipe of the cake is fixed anew? The political conflict regarding the re-orientation of agricultural policy in Germany which came up in connection with the BSE scandal in the year 2000 may be seen as an example of this kind of change.

In this case, the political power of an bb-industrial cluster which had been very stable over decades was shaken to its foundations within just a few weeks time. This process is being described within the scope of an analysis of beliefs, discourses and story-lines (Hajer 1996) of the relevant actors in politics and associations as well as in the press.

The decisive point is seen in a rapid process of de-legitimation of the actor discourses having been dominant until then. On this basis existing discourse alliances can be dismantled and new alliances can be formed. The process of de-legitimation is mainly a result of two interrelated elements: The specific logic of more or less voluntarily chosen discourses (about “good agriculture” and the character of BSE) on the one hand and real incidents (identification of an infected cow with undoubtedly German origin) on the other hand.

Finally, it will be discussed what are the limits of such processes of rapid dismantling of power positions and political concepts (Kingdon 2001).

Rapid change in agricultural policies. The BSE-crisis in Germany (2000-2001)

1. Nachhaltigkeit – Partizipation und Macht

Nachhaltigkeit ist ein Zielhorizont, der heute breit akzeptiert ist. Die Sache bleibt jedoch schwierig: Erstens wird der Nachhaltigkeitshorizont nie erreicht. Insofern gleicht er den zehn Geboten der Bibel und dem kategorischen Imperativ von Kant: Wenn das Ziel schon nicht erreicht werden kann, dann kommt alles darauf an, dem Ziel zumindest näher zu kommen. Dieser Prozess ist in sich unbegrenzt. Nachhaltigkeit bildet zweitens ein diffuses Ziel. Seine einzelnen Elemente geraten immer wieder in Widerspruch zueinander. Sie bedürfen daher auch der stetigen Vermittlung. Eines dieser Vermittlungsprobleme besteht in folgendem:

Eine der Forderungen der Agenda 21 besteht darin, politische Entscheidungen künftig auf eine partizipativere Weise zu treffen als bisher. Partizipation ist insofern ein zweifaches Ziel: Partizipation wird als wichtiges Mittel angesehen, um zu inhaltlich besseren Entscheidungen im Sinne der Nachhaltigkeit zu kommen. Zugleich ist Partizipation als Inklusion von vergleichsweise wenig etablierten Akteurguppen in den Entscheidungsprozeß auch ein eigenständiges Ziel: als Element der Entwicklung und Verbreiterung von Demokratie. In beiderlei Hinsicht soll Partizipation helfen, eine balanciertere und in der Konsequenz stabilere und längerfristig tragfähige gesellschaftliche Entwicklung befördern (Agenda 21, Teile III und IV).

Tatsächlich lassen sich zahllose Beispiele anführen, die zeigen, welche Fortschritte auf diesem Wege möglich sind: Es können Wünsche und Vorschläge geltend gemacht werden, die bei traditionelleren Entscheidungsprozeduren des politisch-administrativen Systems unberücksichtigt blieben. Zugleich entsteht die Notwendigkeit zu breiterer Konsensbildung als dies in klassischen Prozessen zwischen Akteuren des politisch-administrativem Systems und einer meist begrenzten Zahl relativ gut etablierter Akteure der Zivilgesellschaft der Fall ist. Man denke insbesondere an wirtschaftliche Interessen, die sowohl im Einzelfall als auch über entsprechende Verbände (Arbeitgeberverbände, Handelskammern) geltend gemacht werden.

Andererseits besitzt dieser unbestreitbare Vorzug von Partizipation auch eine Art blinden Fleck. Jede Konsensbildung, die ihren Namen verdient, verlangt den beteiligten Akteuren zwar ein gewisses Maß an Kompromissbereitschaft ab. Andererseits darf dadurch keiner der beteiligten Akteure überfordert werden. In der Konsequenz kommt es

im Rahmen partizipativer Prozesse eher zu kleinschrittigen Veränderungen. Die Wünsche derjenigen Akteure, die auf Veränderungen des status quo zielen, müssen – wie man im Deutschen sagt – „im Rahmen bleiben“. Dieser Modus der eher behutsamen und inkrementellen Veränderung ist auch derjenige Aspekt, der im Falle von „governance“ als politischem Werkzeug vielfach im Vordergrund steht. Es ist insofern kein Zufall, dass „governance“ gerade im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte besonders prominent geworden ist. Nachhaltigkeit meint nun aber eindeutig mehr, als einen lediglich behutsamen Wandel des status quo.

Der Nachhaltigkeitsdiskurs entwickelt sich als fundamentale Kritik an ungleichen Chancen in der „Nord-Süd“-Dimension und an der immer dominanteren Lebensweise, wie sie sich in den reichsten Ländern der Erde herausgebildet hat. Bezogen auf diese beiden Punkte geht es nicht darum, mehr oder minder kleine Veränderungen an der Verteilung des Kuchens herbeizuführen, sondern um tiefgreifende Veränderungen: Um im Bild zu bleiben: es geht nicht nur um die Verteilung des Kuchens, sondern um eine neue Rezeptur. Oder um ein anderes Bild zu gebrauchen: Es genügt nicht, die Geschwindigkeit des Zuges zu modifizieren, sondern ihn in eine neue Richtung zu lenken. Oder in der Sprache der PC-Software: Es geht nicht darum, diese oder jene Einstellung am laufenden Programm zu verändern; es geht um eine Art Reset.

Natürlich sind das Metaphern, und es ist sicher sinnvoll, die Logik von Metaphern nicht mit der Logik der Realität zu verwechseln. Unbestreitbar stellt die Agenda 21 aber Forderungen, die sehr weit gegen:

Kapitel 4 (Veränderung der Konsumgewohnheiten) fordert die „*Entwicklung einer nationalen Politik und nationaler Strategie, um eine Änderung nicht nachhaltiger Verbrauchsgewohnheiten herbeizuführen*“. Diese Aufgabe wird wenig später präzisiert als „*tiefgreifende Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten von Industrie, Haushalten und Einzelpersonen*“ (Abschnitt B)

Gewiss gibt es hier viele Möglichkeiten, die vielbeschworenen win-win-Konstellationen zu arrangieren. Best-practice Vergleiche spielen insbesondere im Rahmen von lokalen Agenda 21-Prozessen ebenfalls eine erhebliche Rolle. Nicht zuletzt hier werden jedoch auch regelmäßig Machtstrukturen sichtbar, die den gewünschten Veränderungen enge Grenzen setzen können. Ökonomische Interessen gesellschaftlich fest etablierter Akteure spielen dabei oft eine Schlüsselrolle. Ohne dass auch solche Positionen in Bewegung kommen, ist ein weiterreichender Wandel kaum möglich.

Obwohl dies ohne Zweifel einen Kernaspekt der Nachhaltigkeitsthematik berührt, ist die Reflexion über die damit zusammenhängenden Fragen bis heute nur mäßig ausgebildet, und zwar sowohl politisch-konzeptionell als auch in der wissenschaftlichen Reflexion. Das bedeutet nicht, dass auf das Problem Macht nicht verwiesen würde. Wenn das geschieht, dann auf zweierlei Weise:

Entweder werden gegebene Machtstrukturen als eine Art externer Größe behandelt, die als solche zu akzeptieren ist. Unter pragmatischen Gesichtspunkten ist das auch oft un-

erlässlich. Das geht aber mit der Gefahr einher, das Thema Nachhaltigkeit von vornherein sozusagen im Windschatten bestehender Machtstrukturen zu entwickeln. Nachhaltigkeitsprojekte drohen darüber von Anfang an zu randständige Ergänzungen des business as usual zu werden und zu bleiben. Oder aber der Verweis auf bestehende Machtstrukturen dient als Erklärung dafür, dass ein weitergehender Wandel nicht möglich ist: Gegen die bestehende Macht kann deshalb nicht wirksam vorgegangen werden, weil sie über genügend Macht und Einfluß verfügt, um das zu verhindern – eine offensichtlich zirkuläre, gleichwohl aber verbreitete Argumentation.

Die interessante Frage lautet demgegenüber: Wie kommt es dazu, dass bestehende Machtstrukturen in nennenswerter Weise für eine längere Zeit ins Wanken kommen? Diese Frage ist in der Nachhaltigkeitsdebatte bislang deutlich zu kurz gekommen. Dem könnte man entgegenhalten, dass auch jeder größere Machtwandel nur aus vielen kleinen Schritten besteht und dass diese vielen kleinen Schritte nur aus größerer zeitlicher Entfernung als ein einziger Schritt erscheinen. Das ist zwar zutreffend. Worauf es hier ankommt, ist dann aber die Geschwindigkeit, in der sich die Einzelschritte der Entwicklung folgen. Die Frage ist in diesem Sinne als Frage nach den Bedingungen einer schnellen und tiefgreifenden Erschütterung bestehender Machtstrukturen zu präzisieren.

2. Der deutsche „BSE-Skandal“

Einen interessanten Beispielfall für diese Art Problematik bildet der sogenannte BSE-Skandal in Deutschland in der Zeit zwischen Herbst 2000 und Frühjahr 2001¹. In dieser kurzen Zeit verliert das Machtkartell des „agroindustriellen Komplexes“ (Busen/Gehrmann/Grefe 2001)² an Einfluss, das sich zuvor über Jahrzehnte geformt und gefestigt hatte und dessen Machtpositionen bis dahin als uneinnehmbar galten³. In Teilen bricht es sogar auseinander. Es muss nun hinnehmen, dass nun auch auf Bundesebene Akteure das politische Ruder in die Hand nehmen, die bis dahin noch weithin als Unpersonen galten und die im besten Falle als irrelevant angesehen wurden. Gemeint sind die Verbände des Zentralausschusses der Landwirtschaft⁴ (Deutscher Bauernverband, Deutscher Raiffeisenverband, Verband der Landwirtschaftskammern, Deutsche Lebensmittelgesellschaft) und die Verbandsvertreter der eng mit dem Bauernverband verbundenen Saatgut- und Futtermittelhersteller sowie die Chemische Industrie (Dünger und Pestizide) auf der einen Seite und die Vertreter der Molkerei- und Fleischgenossen-

¹ Zum Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern siehe Osterveer (2001) und Wynne/Dressel (2001)

² Hier und im folgenden stütze ich mich auf begleitende Pressemeldungen und Kommentare aus der Wochenzeitung Die Zeit. Eine Chronologie der wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit der BSE-Problematik bis zur deutschen Krise Ende November 2000 findet sich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 30. November 2000, S. 54

³ „Keine Macht in der Bundesrepublik ist so gut abgesichert wie die Agrarlobby“; „Keine deutsche Branchenlobby ist so verflochten mit der Politik wie die Vertreter des Landvolks“ (Hoffmann 2001).

⁴ Die Leitungposition des Zentralausschusses wird in Personalunion mit dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes besetzt.

schaften und der hochkonzentrierte Lebensmitteleinzelhandel auf der anderen Seite⁵ sowie nennenswerte Teile der ministeriellen Apparate auf Bundesebene und teilweise auf Länderebene und nicht zuletzt die etablierten Landwirtschaftspolitiker der großen Parteien CDU/CSU und SPD sowie der FDP. Der Bundesminister musste von heute auf morgen seinen Hut nehmen.

Das Bundeslandwirtschaftsministerium wurde von einer Politikerin der Grünen, Renate Künast, übernommen. Anders als alle ihre Amtsvorgänger war sie biographisch noch nicht einmal dem Milieu des landwirtschaftlichen Verbandswesens verbunden, geschweige denn selbst Landwirtin. Ihr fehlte nicht nur „der Stallgeruch“ (Schmidt/Jasper 2001: 68). Als Berlinerin stand sie der ländlichen Kultur maximal fern. Es kam hinzu, dass sie als erste Amtsinhaberin in der Geschichte des Ministeriums eine Frau war⁶. Um den Wandel auch symbolisch klar zu machen, wurde das Ministerium für Landwirtschaft und Forsten in Ministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft umbenannt. Mit diesem Namenswechsel gingen zum Teil neue Zuständigkeitsverteilungen einher, vor allem aber wurde nun eine politische Richtung verfolgt, die von der unversehens von der Macht gedrängten Agrarlobby (Schmidt/Jaspers) auf das heftigste bekämpft wurde. Im anschließenden BSE-Krisenmanagement ging die Ministerin auch mit den zum Teil noch an der Macht verbliebenen Repräsentanten des ehemaligen Machtkartells auf Länderebene in Konfrontation und nötigte sie, große Teile ihres Kurses hinzunehmen⁷.

Im Zuge dieses relativ kurzen, dafür um so stürmischeren Umbruchprozesses gelang es, hinausgehend über das unmittelbare BSE-Krisenmanagement⁸, den Gedanken der Nachhaltigkeit fest in das politische Programm des Ministeriums zu integrieren und es mit einer Fülle von Einzelaktivitäten zu konkretisieren und zu operationalisieren. Selbstverständlich mussten dabei Kompromisse mit den weiterhin relevanten Akteuren des alten Machtkartells eingegangen werden. Der Unterschied zu vorher bestand darin, dass sich nun – forensisch gesprochen - die Richtung der Beweislast tendenziell umgedreht hatte.

Wie ist dieser schnelle Wandel zu erklären? Meine These lautet: Ausschlaggebend war weniger äußerer Druck als vielmehr ein Prozeß, in dessen Verlauf sich das alte Machtkartell selbst zur Disposition gestellt hat. Die politische und konzeptionelle Gegenmacht ist weniger Ursache als Folge dieser Entwicklung.

⁵ Hatten 1980 die fünf größten Unternehmen noch einen Marktanteil von lediglich 26%. So war ihr Anteil bis 1990 auf 45% gewachsen. Für 2010 wird ein Anteil von 80% geschätzt (Schmidt/Jasper 2001: 65)

⁶ Auf Landesebene gab es zu diesem Zeitpunkt immerhin schon zwei Landwirtschaftsministerinnen: In Bayern eine Ministerin der CSU und in Nordrhein-Westfalen eine Ministerin der Grünen..

⁷ Der Kern der „Agrarwende“ (Künast) bestand aus der Zielstellung, den Anteil der Bio-Landwirtschaft bis 2010 auf 20% zu steigern.

⁸ Das Krisenmanagement bestand vor allem aus den folgenden Punkten: 1) Obligatorischer BSE-Test aller Schlachtrinder mit einem Alter von mehr als 24 Monaten; 2) Entnahme des Risikomaterials (Rückenmark, Hirn, Augen); 3) Generelles Verbot der Fütterung von Tiermehl; 4) Tötung der Herde im Falle des Nachweises eines BSE-Falles.

Diese These lässt sich diskurstheoretisch begründen, und zwar in doppelter Hinsicht: sowohl retrospektiv-analytisch und als auch in politisch-praktischer Hinsicht⁹. Insofern wird hier eine konstruktivistische Perspektive eingenommen: Es war nicht der Verlauf der BSE-Erkrankungen in den verschiedenen betroffenen Ländern und das damit sich sukzessiv entwickelnde Verständnis der verschiedenen Problemdimensionen der Krankheit. Für den Verlauf der öffentlichen Wahrnehmung und Bewertung der Krankheit sehr viel relevanter war das spezifische diskursive Geflecht, in dessen Widersprüchen das BSE thematisiert wurde. Im Ergebnis haben weder der vergleichsweise frühe Zeitpunkt der wissenschaftlichen und öffentlichen Befassung mit der BSE-Problematik in Großbritannien, noch die erhebliche Zahl der dort befallenen Kühe in Deutschland eine Resonanz hervorgerufen, die zu nennenswerten politischen Konsequenzen oder gar zu einem Zusammenbruch der Verbandsmacht des traditionellen agrarpolitischen Establishments geführt. Der Stein kommt in Deutschland deutlich später, dann aber buchstäblich über eine einzige Kuh und nun mit enormer Dynamik ins Rollen¹⁰.

3. Drei Dimensionen von Diskursdominanz

Um diesen Prozess zu verstehen, ist es sinnvoll, folgende Eigenarten von Diskursen im Blick zu haben¹¹: Diskurse treten nie singulär auf. Sie verkörpern stets eine von mehreren Positionen, die in einer Diskursarena – sei es alleine, sei es in Koalition mit anderen Diskursen und Diskursvarianten - um möglichst breite Akzeptanz und in der Folge um Dominanz konkurrieren. Der Zweck der Dominanz besteht im einfachsten Fall darin, recht zu behalten. In der politischen Arena geht es aber in aller Regel auch um recht praktische Interessen und um dem zugeordnete Handlungsoptionen und Konzepte. Da-

⁹ Inzwischen liegt eine große Zahl von soziologischen und politologischen Veröffentlichungen zum Thema Diskurse vor (Siehe Keller/Hirsland/Schneider/Viehöver 2001). Dabei werden sehr unterschiedliche Akzente gesetzt. Am anregendsten erscheint mir die Perspektive von Maarten Hajer (1995), weil sie der Frage der Entstehung und Veränderung von politischen Dominanzstrukturen besondere Bedeutung beimisst. Hajer bestimmt Diskurse folgendermaßen: „*Discourse is here defined as a specific ensemble of ideas, concepts, and categorizations that are produced, reproduced, and transformed in a particular set of practices and through which meaning is given to physical and social realities*” (p. 44). Diese Perspektive ist deswegen kritisiert worden, weil sie neben den Ideen und entsprechenden Narrativen der Praxis der Akteure und insbesondere der institutionellen Dimension dieser Praxis besondere Aufmerksamkeit schenkt (Nullmeier 2001: 303f.). Tatsächlich besteht die diskursanalytische Herausforderung ja auch darin, institutionelle Strukturen als eine Konsequenz von Diskurskonfigurationen zu deuten. In diesem Sinne wird hier danach gefragt, welche neuen Diskursallianzen welche neuen institutionellen Möglichkeiten der Macht geschaffen haben. Es ist aber auch zu bedenken, dass spezifische institutionelle Positionen wie im hier interessierenden Falle die Regierungsmacht auch spezifische Legitimations- und Entscheidungszwänge mit sich bringen. Daraus erwachsen, wie im Falle der hier untersuchten BSE-Debatte, unter Umständen auch spezifische Impulse für die Veränderung etablierter Diskursstrukturen.

¹⁰ Diese Kuh gilt als der erste originäre deutsche BSE-Fall: Sie war in Deutschland geboren. Im übrigen war sie nicht mit Tiermehl gefüttert worden. Der Fall wird im Rahmen einer freiwilligen Testaktion entdeckt.

¹¹ Die folgende Differenzierung versteht sich als Beitrag zur Systematisierung der wichtigsten „*diskursiven Mechanismen*“. Der Anspruch, eine entsprechende Theorie zu entwickeln (Nullmeier 2001:302) erscheint mir verfrüht. Eine pragmatische Zusammenstellung findet sich bei Schwab-Trapp 2001: 264).

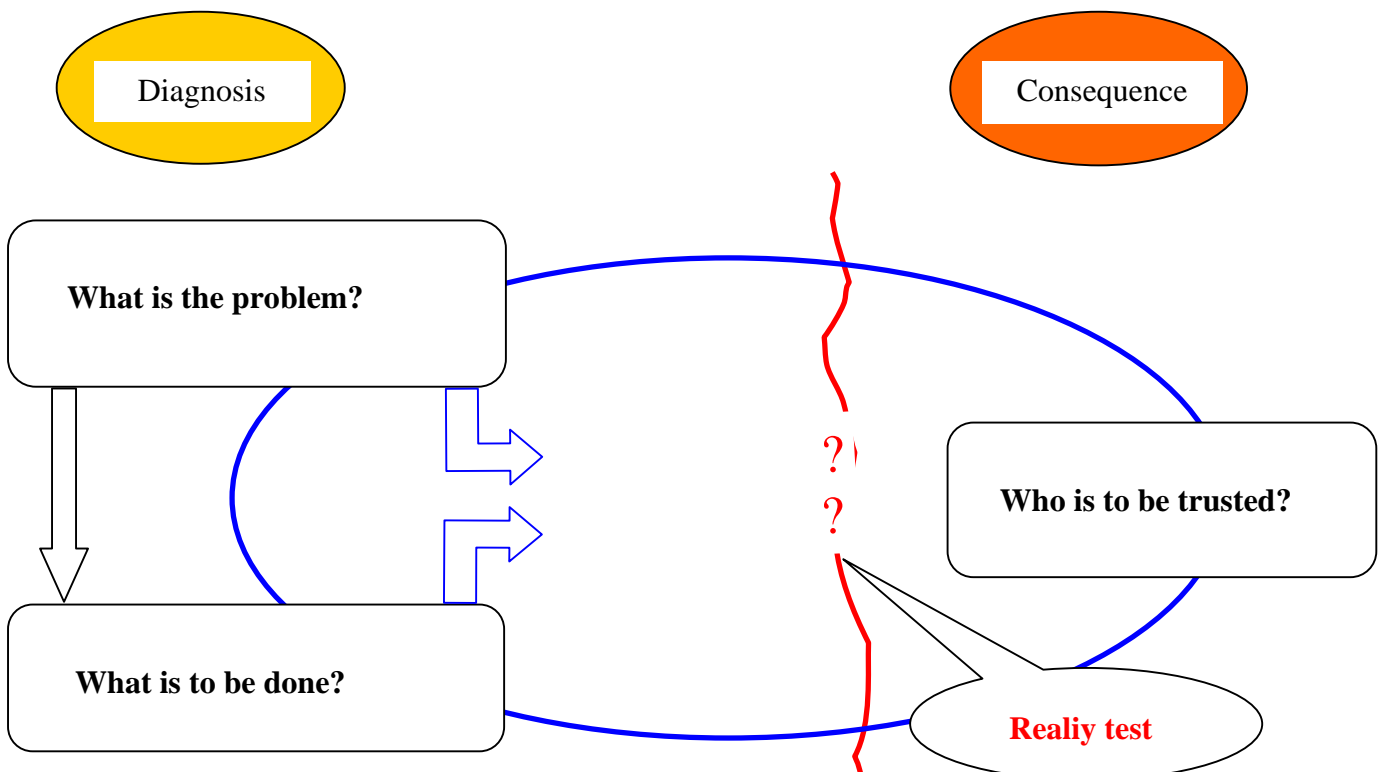
bei lassen sich drei Aspekte analytisch unterscheiden, die in der Praxis unlösbar miteinander verwoben sind:

(1) Diskurse rahmen Ereignisse und binden sie an Deutungen. Darin wird nicht zuletzt darüber befunden, welche empirischen Fakten relevant und welche irrelevant sind. In diesem Sinne wirken Diskurse als Filtersysteme, die nur bestimmte empirische Elemente als wahrnehmungsrelevant „durchlassen“. Diskurse liefern damit stets selektive Antworten auf die Frage *Was ist das Problem?*

(2) Damit ist es freilich nicht getan. Erst wenn eine Problematik in einer spezifischen Mischung aus positiven und negativen Aspekten diskursmäßig konstituiert ist, ist schon die halbe Antwort auf die politisch relevante Frage gegeben: *Was ist zu tun? Was ist das Richtige?*

(3) Liegt auch diese Antwort vor, ist nur noch darzulegen, dass man selbst gerade diesen Weg verfolgt – im Unterschied zu den Gegnern. Auf diese Weise lassen sich die eigenen Optionen aufwerten und ihnen eine überlegene Legitimität zuschreiben. Den Optionen der Gegner und mit ihnen den Gegner selbst wird eben dies im Umkehrschluß abgesprochen. Dies lässt sich als Antwort auf die Frage auffassen: *Wer ist glaubwürdig und wer nicht?*

Schematisch lässt sich das wie folgt darstellen:



Allerdings versuchen dies alle beteiligten Konkurrenten. Auf diesem Wege wird jeder der um Diskursdominanz kämpfenden Akteure in zweierlei Hinsicht extern gebunden und damit auch abhängig: (a) in bezug auf reale Ereignisse. Diese können explizite Behauptungen bezüglich dessen widerlegen, was angeblich das Problem ist, was daher richtigerweise zu tun ist und wer in diesem Sinne am glaubwürdigsten und vertrauenswürdigsten ist, und sie können (b) damit den Weg frei machen, auf dem eine zunächst minoritäre gegnerische Position dominant wird – zulasten der eigenen dominanten Ausgangsposition.

In diesem Sinne vollziehen sich Machtwechsel als Folge davon, dass Akteure sich in den Fallstricken der eigenen Diskurse verfangen. In diesem Zusammenhang bringen sie sich eher selbst zu Fall, als dass dies das Werk ihrer zuvor erstarkten Gegner wäre. Die Gegner erstarken vielmehr erst auf dieser Grundlage. Eben dies scheint jedenfalls im Falle des deutschen BSE-Skandals der Weg gewesen zu sein, auf dem das agrarpolitische Establishment seine zunächst kaum angreifbar erscheinende Machtposition in kürzester Zeit erschüttert fand. Es mußte – hinausgehend über eine sehr weitgehende Delegitimierung seiner bisherigen BSE-Politik - eine „*grundlegende Wende in der Agrarpolitik*“ hinnehmen¹².

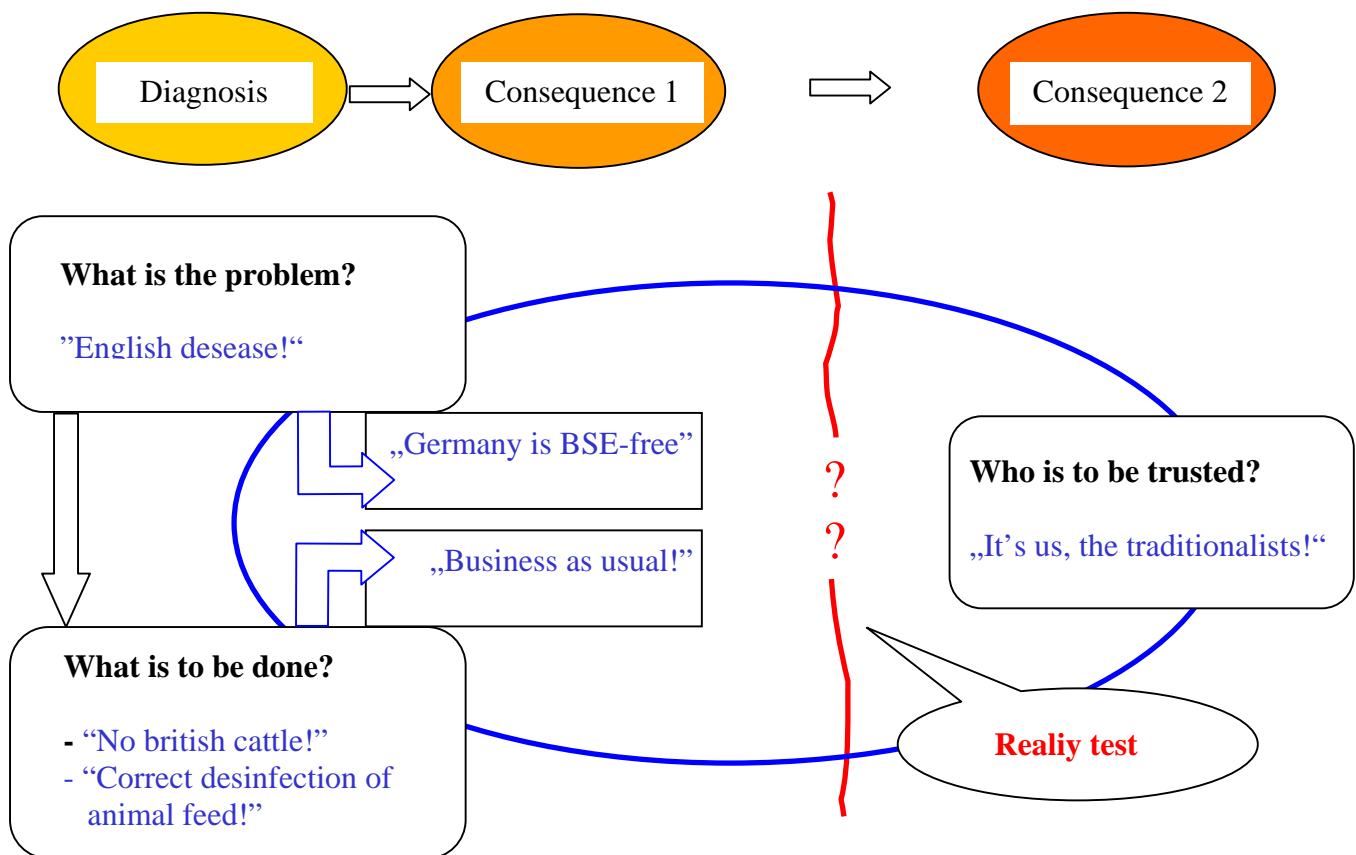
4 Die deutsche BSE-Krise als Scheitern eines dominanten Diskurses

4.1 Die Ausgangslage: Der Diskurs der Macht

In Deutschland bildete sich eine Diskursstruktur heraus, die sich um den Begriff der „Englischen Krankheit“ organisierte. BSE ist in Deutschland kein Problem, so die Lesart aller Landwirtschaftministerien bis zum Ausbruch der deutschen BSE-Krise Ende 2000- auf Länderebene ebenso wie auf der Ebene des Bundes. Diese kühne These fußte auf der sachlich durchaus begründeten Annahme, dass BSE durch Futtermittel übertragen werden kann, die BSE-Erreger aus verseuchten Tierkadavern enthalten. Durch Erhitzung (20 Minuten auf 133° bei 3 bar) würden die Erreger aber unschädlich gemacht – jedenfalls in Deutschland. In England werde die vorgeschriebene Temperatur von 133° C hingegen nicht eingehalten, daher sei dort eine Ansteckung auch nicht auszuschließen. Wenn BSE in Deutschland auftauchen sollte, dann könne das nur in Form britischer Importe geschehen, sei es als Import lebender infizierter Rinder, sei es als Import von infiziertem Tiermehl. Alles was zu tun sei, sei folglich, den deutschen Markt rigoros gegen jegliche Art von britischen Importen abzusperren¹³.

¹² So die Formulierung (und der Anspruch) der neuen Ministerin in ihrer Regierungserklärung am 11. Februar 2001. Das schloß insbesondere auch die Ankündigung an den Deutschen Bauernverband ein, er müsse „*in Zukunft mit einer Schmälerung seines Einflusses auf die Agrarpolitik rechnen*“, so der Bundeskanzler am 10. Januar anlässlich der Ernennung der neuen Ministerin. (Agra-Europe 3/01: Länderberichte 21).

¹³ Die EU hatte schon 1989 ein Exportverbot für britische Rinder verfügt. Es wird Ende 1998 wieder aufgehoben. Allerdings müssen Bedingungen eingehalten werden. Dazu zählt insbesondere auch das EU-Verbot von 1994, Tiermehl an Widerkäufer zu verfüttern.



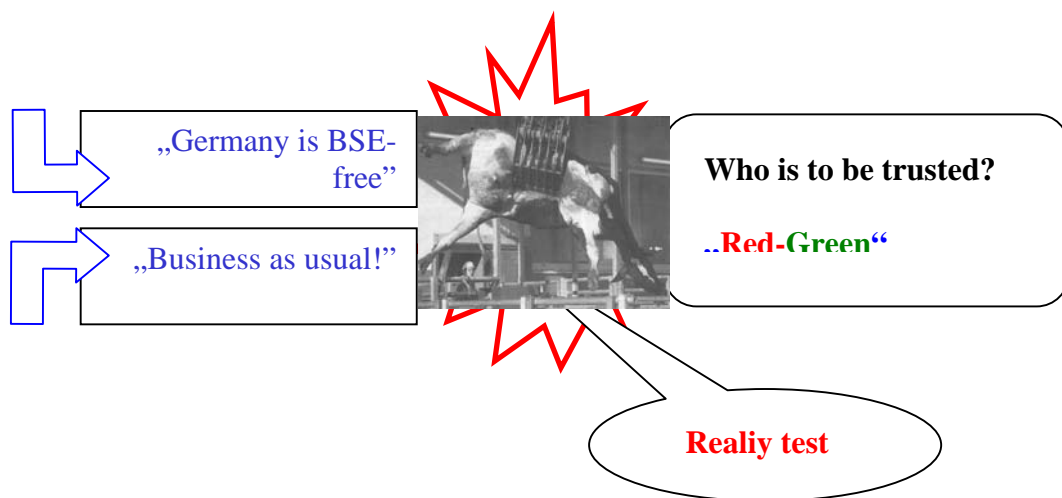
Daraus folge: „*Deutschland ist BSE-frei*“ und „*German beef is safe*“. In diesem Punkt waren sich bis zum Ende des Jahres 2000 alle deutschen Landwirtschaftsminister einig, gleichgültig, ob sie von der CDU/CSU oder, später, von der SPD gestellt wurden¹⁴.

Diese Lesart behagte dem Bauernverband und seinen rinderzüchtenden Mitgliedern ebenso wie der Futtermittelindustrie, der fleischverarbeitenden Industrie und nicht zuletzt auch den verantwortlichen Landwirtschaftsministern – jenen der CDU und CSU ebenso wie jenen der SPD. Auf politischer Ebene bestand in diesem Punkt eine Art Große Koalition, und zwar zunächst unbeschadet der Tatsache, dass die Bundesregierung auch schon zu dieser Zeit aus einer sogenannten „rot-grünen Koalition“ bestand.

Eine ähnliche Position hatte man übrigens schon im Falle des Tschernobyl-Unglücks eingenommen. Auch damals hieß es: Das ist bei uns in Deutschland wegen unserer ho-

¹⁴ „Im Gegensatz zu Großbritannien und Frankreich wendet Deutschland seit Jahrzehnten ein äußerst aufwendiges, aber dafür sicheres Hochdrucksterilisierungsverfahren in der Tiermehlherstellung an“. Dadurch sei „jedes Übertragungsrisiko bei der Tiermehlherstellung ausgeschlossen“. „Zudem halten sich unsere Landwirte an die strengen deutschen Vorschriften der Fütterung“ (Pressemitteilung des Deutschen Bauernverbandes vom 15.11.2000). Skeptischere Sichtweisen fanden bis zum Schluß kein Gehör, so etwa die Einschätzung des Scientific Stearing Committee der EU, das das Auftreten von BSE in Deutschland im Frühjahr 2000 als „probable risc“ bewertete.

hen Sicherheitsstandards nicht möglich. Deutsche AKWs sind sicher - im Unterschied zu den russischen. Anders als bislang im AKW-Fall hatte sich dann aber im BSE-Fall doch sehr schnell die Grenze dieser „wir sind sicher-Parole“ gezeigt. Und angesichts der diskursiv so weit zugespitzten Konstellation genügte hier schließlich eine einzige Kuh, die mit offenkundigen Anzeichen von BSE identifiziert und der Öffentlichkeit präsentiert wurde, um die gesamte Glaubwürdigkeit aller derer zu erschüttern, die BSE zu einer ausschließlich Englischen Krankheit stilisiert hatten. Die entscheidende Frage lautete in dieser Situation nur noch: Ist es eine Kuh aus England und bzw. oder hat sie englisches Tiermehl zu fressen bekommen. Beides konnte der betroffene Landwirt für sich ausschließen.¹⁵ Damit war der Skandal perfekt.



Im Ergebnis war aber nun nicht nur die Behauptung hinfällig, Deutschland sei in puncto BSE – dank seiner hohen Sicherheitsstandards – eine Insel der Seligen. Mit dieser Behauptung war auch die Glaubwürdigkeit des agropolitischen Machtkartells zusammengebrochen, das sich unablässig für diese These stark gemacht hatte¹⁶. Dazu gehörte auch, dass Zweifel und Kritik an dieser These, aus dem Bereich der Grünen und der ökologischen Landwirtschaft und darüber hinaus, als zu ängstlich, als inkompetent, als unsachlich oder alles dreies zusammen zurückgewiesen wurden. Ausgerechnet diese Akteure erlebten nun einen enormen Anstieg in der öffentlichen Wertschätzung.

Der Gegensatz zwischen alter und neuer Meinungsführerschaft verlief auf der politischen Ebene zunächst durch die Bundesregierung hindurch. Während aber zuvor die

¹⁵ In systematischer Hinsicht sekundär, aber im Rahmen der zeitgenössischen Ruhmesreden auf die über jeden Zweifel erhabenen deutschen Landwirte im allgemeinen und die kleinen Bauern aus der Nähe im besonderen ist es gleichwohl besonders pikant, dass der fragliche BSE-Fall nicht etwa in einer quasi-industriellen Großanlage, sondern ausgerechnet auf dem Hof eines kleineren Familienbetriebes aus der Region auftauchte.

¹⁶ Entsprechend höhnisch fielen die Kommentare in der Presse aus: „Ein einziges BSE-Rind brachte zustande, was hunderte Experten und die E nicht vermocht hatten: Deutsche Politiker erwachten aus dem Schlaf der Selbstgerechten“ (Albrecht 2000).

„grüne“ Kritik am agroindustriellen Machtkomplex innerhalb der Regierungskoalition ohne jede Durchsetzungskraft war, wurde es nun zu einer Frage der Glaubwürdigkeit der Regierung, eben dieser Kritik nunmehr deutlich Raum zu geben. Die Grünen dürfen die bisherige BSE-Politik nun nicht nur kritisieren; aus ihren Reihen kommt nun auch die Ministerin. Die neue Situation erlaubte es ihr, die Veränderungen deutlich über das Feld der BSE-Politik hinauszutreiben.

4.2 Der Reset: Neue Diskursallianz und alte Beliefsystems

Diese tiefere Dynamik des Machtwechsels erschließt sich indessen erst, wenn nicht allein die Veränderungen in der Diskursarena betrachtet werden. Die Diskurse stehen stets in einem intensiven Wechselverhältnis zu den gleichsam dahinterliegenden „belief systems“ der Akteure (Sabatier/Jenkins-Smith 1993; Hajer 1995). Die Grundüberzeugungen bilden so etwas wie den Humus, aus dem die Diskurse herauswachsen. Die Diskurse folgen dabei stärker konkreten, aktuellen Themen, und sie verändern sich leichter und schneller als die Grundüberzeugungen. Eben diese relative Flexibilität eröffnet erst die Möglichkeit, dass Akteure in tagespolitischen Auseinandersetzung mit anderen Positionen mit Veränderungen eigener Positionen Rechnung zu tragen vermögen, ohne sich darüber selbst aufzugeben. Umgekehrt betrachtet, transportieren Diskurse aber auch stets Elemente von Grundüberzeugungen. Diskurse sind Mittel, um Grundüberzeugungen in der tagespolitischen Auseinandersetzung geltend zu machen.

Grundüberzeugungen lassen sich naturgemäß weniger genau fassen als Diskurse, die oft in prägnanten story-lines zusammengefasst sind, im Extremfall in Gestalt der von Hajer sogenannten „catchy oneliner“¹⁷. Mit Einschränkung lassen sich für unseren Fall zwei Grundüberzeugungen unterscheiden, die einander gegenüberstanden und seit der Entstehung der Grünen als politischer Kraft die politischen Gegensätze strukturiert und stilisiert haben:

Auf der einen Seite steht die Überzeugung, dass die landwirtschaftliche Produktion dem Muster der industriellen Produktion folgen sollte, um ihr volles Potential zum Nutzen der Gesellschaft entfalten zu können: Zugespitzt formuliert: Industrialisierte Landwirtschaft als das Zukunftsmodell zur Lösung noch bestehender Probleme der Ernährung und Versorgung (Schmidt/Jasper 2001). Diese Überzeugung wurde bis vor nicht allzu langer Zeit noch breit geteilt: nicht nur im etablierten landwirtschaftlichen Verbandswesen und den damit verbundenen Akteuren in Landwirtschaft, Futtermittelherstellung und beachtlichen Teilen der Lebensmittelverarbeitung und des Handels, sondern auch bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern und nicht zuletzt im breiten politischen Spektrum von CDU/CSU, FDP und SPD.

Die antiindustrialistische Kritik nennenswerter Teile der neuen sozialen Bewegungen seit den siebziger und achtziger Jahre zieht diese Hoffnung programmatisch in Zweifel

¹⁷ Diese und weitere Unterscheidungen Hajers werden hier nicht systematisch aufgegriffen, um die Darstellung nicht zu überlasten.

und neigt dazu, Großlandwirtschaften mit agroindustriellen Flair weniger als die Lösung, sondern eher als die Ursachen heutiger Probleme in Bezug auf Umweltbelastungen, Artensterben und nicht zuletzt die Ernährung zu verstehen. Die Grünen profilierten sich von Anfang an mit dieser Kritik. Sie stießen damit schon in den achtziger Jahren auf eine schnell wachsende öffentliche Resonanz. Anders als in den Medien blieb diese Kritik aber selbst dann noch ohne jeden direkten politischen Einfluß auf die Regierung, als die Grünen als Partner der „rot-grünen“ Koalition selbst in der Regierung saßen.

Die unterschiedlichen Positionen standen sich hier scheinbar unvermittelbar gegenüber. Dem entsprachen auch im BSE-Fall die Frontverläufe in der Diskursarena: Auf der einen Seite die Losung „Englische Krankheit“, die Gegenseite interpretierte BSE eher als eine Systemkrankheit der agroindustriellen Strukturen. Die sozialdemokratischen Landwirtschaftsminister in Niedersachsen und in der rotgrünen Bundesregierung waren sich in der Ablehnung dieser Interpretation mit der jeweiligen Opposition einig.

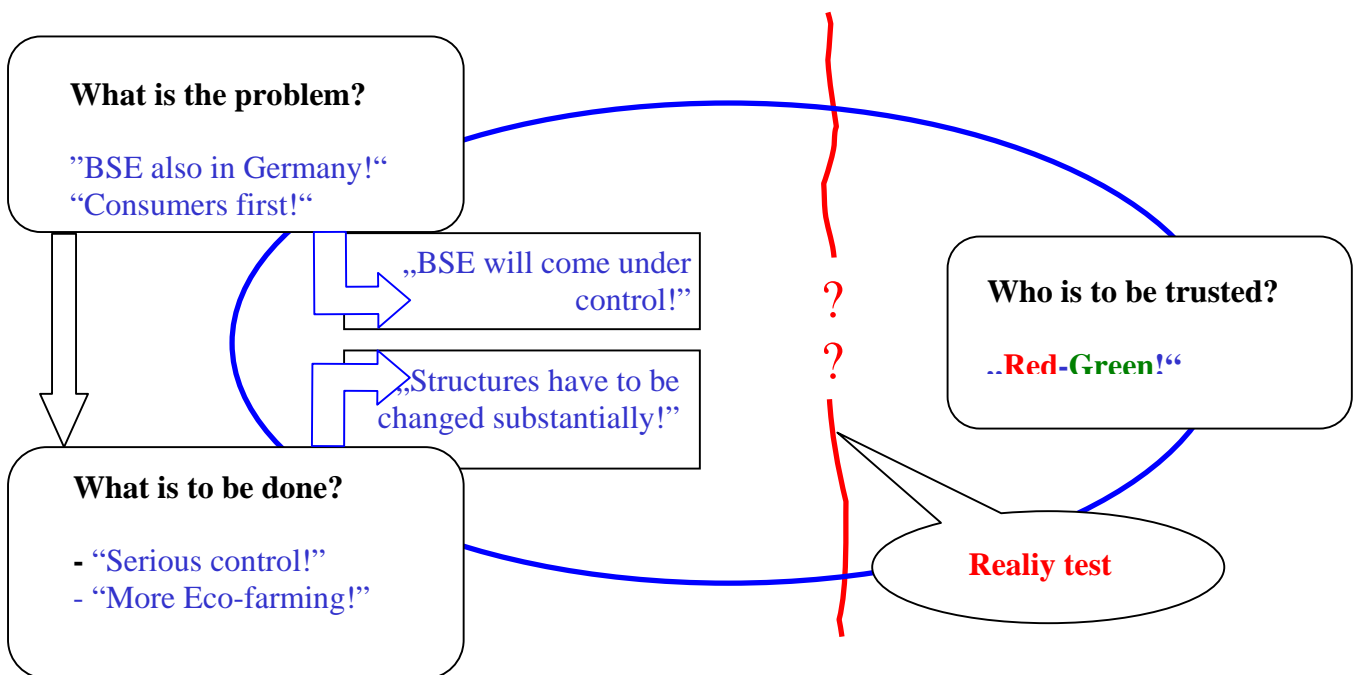
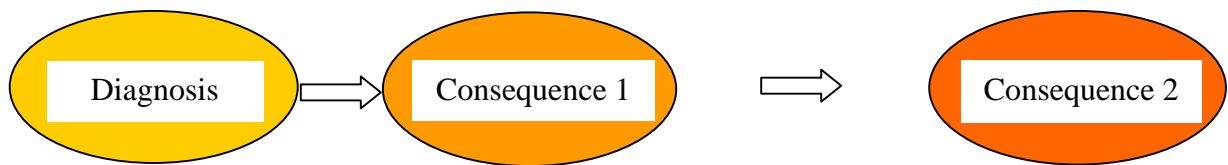
Der dann zutage tretende BSE-Fall delegitimierte diese Amtsinhaber so sehr, dass sie nicht nur persönlich ihr Amt zur Verfügung stellen mussten. Ein „weiter so“ mit anderen Personen, aber keinen nennenswerten Kurskorrekturen erschien in dieser Situation so riskant, dass sich im Bundeskanzleramt die Meinung durchsetzte, ein Neuanfang sei selbst unter einer grünen Ministerin die politisch weniger riskante Variante, auch wenn er damit bezahlt werden musste, dass den Grünen dadurch – auch innerhalb der Regierung - ein Sieg mit hoher symbolischer Bedeutung zufiel.

Auch in dieser Variante war es allerdings nicht mit einem Personalwechsel getan. Daneben mussten die Positionen soweit angenähert werden, dass sie einerseits einen einigermaßen klaren und zugleich neuen Kurs ermöglichten. Andererseits war jedoch davon auszugehen, dass die skizzierten Grundüberzeugungen deutlich weniger im Bewusstsein angekommen waren. Auf Seiten der Grünen sah man gerade jetzt dazu keinen Anlaß, auf sozialdemokratischer Seite wollte und konnte man sich bei aller aktuellen Nachdenklichkeit auch jetzt nicht im Grundsätzlichen neu orientieren.

Der Wandel wurde insofern – wie vermutlich in den meisten anderen Fällen politischer Machtwechsel auch - nicht in der Dimension der Grundüberzeugungen, sondern mithilfe der Produktion neuer Diskursvarianten möglich. Diese Diskursvarianten lösten sich von der BSE-Frage. Anstelle dessen formulierten sie allgemeine Prinzipien für die künftige landwirtschaftliche Produktion im ganzen. Die Grünen insistierten auf Prinzipien einer *naturnahen Landwirtschaft*. Die sozialdemokratische Seite legte sich auf *gesund und verbrauchernah* fest. Mit dieser Maxime entfernte sie sich nicht allzu weit von ihren bisherigen Grundüberzeugungen. Sie vermied jedoch jeden Anklang an deren industrialistisch-fortschrittsoptimistische Seiten. Der Bundeskanzler ging sogar so weit, sich die grüne Kritik an den „industriellen Agrarfabriken“ zueigen zu machen. Allerdings spricht wenig dafür, dass diese Annäherung in substantieller Weise die Dimension der belief systems erreicht hätte. Mit dem programmatischen Bezug auf die Verbraucher als dem Angelpunkt ihrer künftigen Bemühungen versprach er der Kanzler immerhin, in

Zukunft die Ansprüche der Agrarlobby gegenüber denen der VerbraucherInnen als nachrangig zu behandeln.

Zwischen beiden Akzentsetzungen fehlte aber zunächst noch die notwendige Klammer. Die entstand erst mit dem Slogan „Klasse statt Masse“. Unter dieser Fahne konnten sich beide Seiten mit ihren aktuellen Losungen gleichermaßen aufgehoben fühlen, ohne darüber viel von ihren Grundüberzeugungen aufgeben zu müssen. Der gefundene Slogan besaß einerseits die notwendige diskursive Trennschärfe zur öffentlich delegitimierten agrarpolitischen Opposition (mit der der sozialdemokratische Partner bis dahin mehr oder minder konform gegangen war). Andererseits ermöglichte er eine neue Diskursallianz in der klassischen Funktion, heterogene Kräfte zu bündeln und ihnen auf diese Weise jene Durchsetzungskraft zu geben, über die sie alleine nicht verfügten. Mit dieser Wendung erreichte die Regierungskoalition tatsächlich eine agrarpolitische Geschlossenheit, die sie zuvor noch gar nicht besessen hatte. Die Geschlossenheit besteht in allen drei Dimensionen der neuen Diskursallianz¹⁸.



¹⁸ Die diskursive Gemengelage, die damit erreicht war, findet sich zum Beispiel im gemeinsamen Antrag der Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen „Neuausrichtung der Agrarpolitik: Offensive für den Verbraucherschutz – Perspektiven für die Landwirtschaft“ (Agra-Europe 7/01, Sonderbeilage).

Damit ist die wichtigste Voraussetzung für zweierlei geschaffen: erstens für eine Veränderung der bisherigen BSE-Politik und, zweitens, für einem deutlich darüber hinausweisendem, allgemeineren agrarpolitischen Veränderungsprozeß, und zwar sowohl in personalpolitischer als auch in konzeptioneller Hinsicht. Der Machtwechsel wird dadurch aber nicht erst in Gang gebracht, sondern nur vertieft und befestigt. Der entscheidende Durchbruch hat vorher stattgefunden: Als diskursiver Machtverlust des über Jahrzehnte gewachsenen agrar-industriellen Akteurgefüges. Dieser Machtverlust, so meine These, ist in erster Linie die Folge von selbstgewählten politischen Positionen. Deren diskursive Struktur läßt sich als eine selbst gestellte Falle verstehen. Im Laufe der Ereignisse des November 2000 schnappt sie zu. Der Machtverlust setzt hier ein. Er wird in der Öffentlichkeit auch weithin als konzeptionelles Scheitern verstanden. Die „grüne Formel“ vom „GAU der industrialisierten Landwirtschaft“¹⁹ findet in diesem Zusammenhang auch starken Widerhall in den Medien²⁰. Damit sind tatsächlich Voraussetzung für eine Agrarwende entstanden, die im Vergleich zu den noch wenig vorher festgefühten Machtstrukturen der Agrarlobby als „Sensation“ wahrgenommen wurden (Busse/Gehrmann/Greife 2001).

4.3 Die Reaktion: Wie weiter?

Angesichts des unbeirrten und weitgehend geschlossenen Festhaltens der alten Machtgruppe an der These von der Englischen Krankheit einerseits und der realen Ereignisse andererseits war der Machtverfall bis zu einem gewissen Grade zwingend. Das bedeutet umgekehrt: Er war durchaus nicht unvermeidlich. Mehrere Faktoren hätten den Dingen einen anderen Verlauf geben können. Im Rahmen der hier verfolgten diskurstheoretischen Perspektive lag der Schlüssel zu einer Modifikation des Verlaufs ebenfalls bei den späteren Verlierern. Hätten relevante Akteure der Gruppe ihre diskursive Strategie früher modifiziert, hätte möglicherweise der gesamte weitere Verlauf eine andere Richtung genommen. So kommt es erst zu Modifikationen, nachdem die eigene Glaubwürdigkeit im öffentlichen Diskurs massiv erschüttert ist, und zwar in zweierlei Hinsicht:

In der öffentlichen Selbstdarstellung der Landwirte wird die zuvor zu Schau getragene Selbstsicherheit zurückgenommen. Gleichsam in die Lücke tritt eine Art Opferdiskurs: die Landwirte werden vom Deutschen Bauernverband als Opfer der Futtermittelhersteller und -lieferanten auf der einen Seite und der Niedrigpreispolitik des Lebensmittelhandels auf der anderen Seite dargestellt. Diese diskursive Bruchlinie im bis dahin relativ geschlossenen Feld der Agrarlobby befördert die Entstehung einer zweiten: Nachdem sich herausstellte, daß im Futtermittelgeschäft ebenso wie in der fleischverarbeitenden Industrie weiterhin zum Teil höchst dubiose grenzüberschreitende Geschäfte üblich waren und bestehende Vorschriften teils aus Kostengründen und teils aus

¹⁹ So die grüne Gesundheitsministerin nach ihrem Rücktritt, der erst jenen Druck aufbaute, vor dem schließlich auch der sozialdemokratische Landwirtschaftsminister Funke kapitulieren musste.

²⁰ Etwa: „Stunde Null der Industrielandwirtschaft“ (Busse/Gehrmann/Greife 2001) oder „Krise der industrialisierten Landwirtschaft“ (Brost/Freese/Hoffmann/Rohwetter 2001).

Schlamperei nicht eingehalten wurden, versuchten die alarmierten Verbandsvertreter den Schaden dadurch zu begrenzen, daß sie auf „schwarze Schafe“ verwiesen, die als solche nicht mit der Mehrheit der betreffenden Unternehmen identifiziert werden dürften. Das war gewiß auch zutreffend, änderte aber nichts an den Rissen in der Agrarlobby.

Aus einem solchermaßen fragmentierten Diskursfeld war es nun aber sehr schwer, überhaupt wieder zu einer nennenswerten Geschlossenheit zu gelangen. Das war um so schwerer, als mittlerweile die weit über die BSE-Thematik hinausreichende Forderung nach einer deutlich naturnäheren Landwirtschaft, zunächst politisch nur von den Grünen offensiv vertreten, nun in der Öffentlichkeit erheblich an Plausibilität und Zustimmung gewonnen hatte – nicht zuletzt als Reaktion auf die sich häufenden Medienberichte über den (weitgehend legalen, aber gleichwohl für viele schockierenden) Alltag der Massentierhaltung, des Tiertransports und der Fleischverarbeitung, von der Notschlachtung und anschließenden Verbrennung ganzer Herden BSE-verdächtiger Rinder ganz zu schweigen.

Der Deutsche Bauernverband stand in dieser Situation vor der Notwendigkeit, inhaltliche Konzessionen zu erwägen. Er tat dies in zwei Stufen, insgesamt aber mit großer Zögerlichkeit: Zunächst verwies er darauf, nie grundsätzlich gegen die ökologische Landwirtschaft eingestellt gewesen zu sein, ihr vielmehr immer einen zwar kleinen, aber in diesen Grenzen doch festen Platz reserviert zu haben. Es sei aber problematisch, feste Quoten als Entwicklungsziele der Biolandwirtschaft vorzugeben. Daneben müsse vor allem darauf verzichtet werden, alle jene Landwirte als unökologisch an den Pranger zu stellen, die sich nicht zum ökologischen Landbau bekehren wollten²¹.

Diese Position wurde aber vom Deutschen Bauernverband in dem Maße dynamisiert, wie die akute Krisenperiode (zwischen November 2000 und Frühjahr 2001) durchlaufen war. Ökologische Landwirtschaft solle verstärkt gefördert werden, weil sie auch für viele Landwirte zu einer interessanten Perspektive werden könne – vorausgesetzt, die Verbraucher würden das honorieren und es gehe nicht mit Preisverzerrungen zulasten der herkömmlichen Landwirtschaft einher. Schließlich machte sich der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (erneut mit einem Tadel für die ausländische Konkurrenz) gar zum Fürsprecher der deutschen Ökobauern: Es sei schade, „daß das deutsche Biosiegel ein Element der neuen Verbraucherschutzpolitik der rot-grünen Bundesregierung, H.L.], auf dem niedrigeren europäischen Standard beruht. Dadurch wird unser Biomarkt von ausländischen Unternehmern unterlaufen, die billiger produzieren können als deutsche Ökobauern, die nach dem höheren deutschen Standard herstellen. Das ist für deutsche Biobauern mit Einkommenseinbußen verbunden“ (Interview im Weser-Kurier 22. 4. 2003).

²¹ Keinen „Spaltpilz zwischen die konventionelle Landwirtschaft und die Ökolandwirtschaft“; keine „Diffamierung der Leistungen“ der konventionellen Landwirtschaft“ (so der DBV-Präsident Sonnleitner im Weser Kurier vom 8.5.2000).

Die modifizierte Position des Bauernverbandes läßt sich als „Ja, aber-Position“ charakterisieren: Ja, aber keine – „grüne – Ideologie“, sondern fachlicher Sachverstand, berufliche Erfahrung und politisches Augenmaß – in diesem Sinne äußerte sich der Präsident des Bauernverbandes seit Frühjahr 2001 zahllose Male in nachgerade stereotyper Weise. Diese Position leistete zweierlei: Mit dem Aufgreifen der Forderung nach mehr ökologischer Landwirtschaft konnte einerseits die zunächst fehlende diskursive Anschlußfähigkeit an das veränderte Profil des öffentlichen und des dominant gewordenen BSE- und agrarpolitischen Diskurses beansprucht werden. Mit der antiideologischen Akzentsetzung konnte der neue Kurs der Regierung trotzdem weiter infrage gestellt und – vor allem mit Bezug auf die grüne Landwirtschaftsministerin – delegitimiert werden.

Dabei dürfte es sich um mehr als eine nur taktische Wendung oder gar nur einen rhetorischen Kniff gehandelt haben. Der Vorwurf der „grünen Ideologie“ zielte auch auf die industrialismuskritischen Wurzeln der grünen Überzeugung, die gesamte Landwirtschaft müsse zu einer deutlich naturnäheren Grundorientierung finden. Diese Zielstellung berührt in der Tat materielle Interessen von Mitgliedern des Bauernverbandes. Sie berührt darüber hinaus fortschrittspolitische Grundvorstellungen aller Beteiligten Akteure, diskurstheoretisch gesprochen: ihre belief systems.

Letzteres trifft auch für nennenswerte Teile des sozialdemokratische Milieus zu. Wie weit dort in dieser Frage zwischen Mitgliedern, Parlamentariern und Fachpolitikern unterschieden werden muß und wie weit dort in den zurückliegenden Jahren industrialismuskritischere Überzeugungen an Einfluß gewonnen haben, wäre im einzelnen zu klären. Zumindest läßt sich aber davon ausgehen, daß der ideologiekritische Akzent zum fraglichen Zeitpunkt, im Frühjahr und Sommer des Jahres 2001, noch immer breite sozialdemokratische Vorbehalte gegenüber fortschrittspolitischen Grundüberzeugungen des grünen Koalitionspartners mobilisieren konnte. Insofern war diese Position des Bauernverbandes durchaus geeignet, bis tief in die Sozialdemokratie hinein auf Zustimmung zu stoßen. Sie bildete daher einen ernstzunehmenden Ausgangspunkt, um die verloren gegangene Diskursdominanz in Zukunft wieder zurückzuerobern.

5 Ausblick

Zu welchen Verschiebungen der diskursiven Frontlinien und zu welchen praktischen Veränderungen und Annäherungen es seither tatsächlich gekommen ist, kann hier nicht diskutiert werden. Hier ging es nur darum zu beschreiben, wie es - ausgehend von der BSE-Problematik – zu Machtverschiebungen und zumindest partiellen Paradigmenwechseln in der deutschen Agrarpolitik kommt, die von den meisten Beteiligten und Beobachtern als überraschend, als schnell und als tiefgreifend wahrgenommen wurden.

Die Hauptursache dieser Entwicklung wurde hier als Folge einer sehr ungünstigen Dynamik im Wechselverhältnis zwischen dem BSE-Diskurs des alten agrarpolitischen Establishments einerseits und dem realen Ereignisverlauf andererseits gedeutet.

Daneben spielen aber selbstverständlich noch andere Faktoren eine wichtige Rolle (Kingdon 2001).

Dazu zählt insbesondere eine relativ günstige institutionelle Konstellation, in der sich die SPD und ihr grüner Juniorpartner just in dem Moment befanden, in dem die Gegenseite im Begriff war, ihre öffentliche Glaubwürdigkeit zu verlieren. Sie saßen als Regierung an den institutionellen Hebeln der Macht, und sie genossen hier – im Unterschied zu heute – ein vergleichsweise gehobenes öffentliches Vertrauen. Auch das hätte aber nicht viel genutzt, wenn es nicht gelungen wäre einen neuen Diskurs zu generieren. Das meint keineswegs nur dessen äußere Erscheinungsform in Gestalt von griffigen Slogans. Eher noch wichtiger war das Vermögen der politisch heterogenen Akteure, in der Situation überhaupt zu einer neuen Diskurskoalition gefunden zu haben. Dieses Unterfangen hätte in jeder der drei oben unterschiedenen Diskursdimensionen scheitern können: als Scheitern in der gemeinsamen Beantwortung der Fragen „was ist das Problem?“, „was ist zu tun?“ und „wer kann und wird es tun?“

Diese sehr günstige Konstellation hat ohne Zweifel wesentlich dazu beigetragen, daß der Machtwechsel so rasant vonstatten ging. Gewiß ist das aber keine Garantie dafür, daß sich die neue Machtkonstellation und ihr agrarpolitisches Konzept hält. Die erfolgreiche Diskurskoalition kann wieder zerfallen, sei es weil die politische Koalition aus anderen Gründen nicht mehr trägt (etwa aus wirtschaftspolitischen, aus arbeitsmarktpolitischen, aus militärpolitischen), sei es daß die führenden Repräsentanten der neuen Politik ausfallen (wegen Skandalen, aus Krankheitsgründen, aus persönlichen Gründen), ohne daß ein Ersatz gefunden wird. Und es können die Wähler der Regierung das Vertrauen entziehen, weil sie mit der Umsetzung oder zuvor nicht bedachten Konsequenzen der zunächst akzeptierten Politik unzufrieden sind.

Letzteres war die wohl am meisten diskutierte Möglichkeit nach Etablierung der neuen agrarpolitik zu Beginn des Jahres 2001 in Deutschland. Im Mittelpunkt stand der höhere Preis von Biolebensmitteln. Noch Mitte November 2000 schrieb die Deutsche Lebensmittelzeitung: „Die deutschen Verbraucher werden immer geiziger. Besonders wenn es um Lebensmittel geht, schauen sie auf den Pfennig – und weniger denn je auf Qualität“ (zit. N. Drieschner 2001): Vor diesem Hintergrund mag es schon überraschen, daß der Rindfleischmarkt überhaupt Einbrüche hinnehmen mußte. Mit einem Rückgang um 70% zwischen Ende 2000 und Anfang 2001 fiel er jedenfalls hoch aus. Die Frage war nun - gerade auch für Vertreter der ökologischen Landwirtschaft - wie schnell und wie weit sich dieser Einbruch wieder ausgleichen würde und welche Verschiebungen es zugunsten von Bioprodukten geben würde²².

Der Rindfleischmarkt erholte sich nur langsam. Der Verbrauch lag auch 2 Jahre nach dem deutschen BSE-Skandal noch um 25% unter dem Wert von 1999. Der Markt für

²²„Das lodert kurz hoch und reduziert sich dann wieder“, so Renée Herrnkind von Demeter (zit n. Brost/Freese/Hoffmann/Rohwetter 2001). Fritz Vorholz urteilte in der ZEIT noch härter: „Der naturverliebte Konsument ist lieber Trittbrettfahrer: Ökologie ja – aber dafür bezahlen sollen die anderen vielen“ (Vorholz 2001).

Ökoprodukte nahm zu. Im September 2001 gaben 77% einer Repräsentativstudie an, ökologisch erzeugte Produkte zu kaufen. Im Detail ergab die Studie aber ein nüchterneres und differenzierteres Bild: Eine Zunahme zeigt sich bei solchen Kunden, die zuvor bereits Bioprodukte gekauft hatten. Die Zahl der Neukunden stieg dagegen nur langsam an (sogar langsamer als während der neunziger Jahre) (Kuhnert/Feindt/Wragge/Beusmann 2003). Insgesamt bestätigte sich die Erfahrung, daß „Skandale in der konventionellen Land- und Ernährungswirtschaft nicht zwangsläufig – und vor allem nicht nachhaltig – zugunsten der Nachfrage nach Öko-Produkten wirksam sind.

Also „zurück zur Normalität“? Ein Testfall war der Nitrofenskandal des Jahres 2001. Ein namhafter Hersteller von Babynahrung hatte das Putenfleisch eines Lieferanten beanstandet, weil er darin Rückstände von Nitrofen festgestellt hatte. Der Lieferbetrieb war ein Bio-Betrieb. Dort war der Fall schon länger bekannt. Er wurde aber vertuscht. Das gab Anlaß für eine beispiellose öffentliche Auseinandersetzung, und zwar in zwei unterschiedlichen Dimensionen:

Zum einen war die Bevölkerung noch durch den BSE-Skandal hochsensibilisiert, zumal es sich hier um das besonders sensible Feld der Babynahrung handelte. Dem entsprechend entfaltete der Skandal eine Wirkung weit über den unmittelbaren Problemfall hinaus. In kürzester Zeit sank der Anteil derer, sich angaben, für Bio-Produkte mehr Geld als für konventionelle Produkte auszugeben, von 56% auf 32%.

Zum anderen stand nun plötzlich die Bio-Landwirtschaft zur Debatte, mithin der Kernbereich der rot-grünen Agrarwende. Die konservative politische Opposition wählte ihre Chance gekommen, nun ihrerseits die Politik der Regierung öffentlich delegitimieren zu können und dadurch verlorenes agrarpolitisches Terrain der wiederzugewinnen. Sie zog dazu alle Register der Polemik und knüpfte dabei an jene argumentativen Figuren an, die sie bereits vor, während und nach dem BSE-Skandal genutzt hatte: Nicht „den Grünen die Landwirtschaftspolitik als ideologische Spielwiese überlassen“, „Künast hat wieder versagt“ (Widmann-Mauz/CSU am 30.5.2002), „Schluß mit der ideologischen Agrar- und Verbraucherschutzpolitik von Rot-Grün“ (Deß/CSU am 27.5.2002). Pikant an der Sache war, daß sich auch der Landwirtschaftsminister des wichtigen Agrarlandes Niedersachsen, Bartel, in die Front derer einreichte, die von der Bundesministerin Künast ein Umdenken bei „ihrer“ Agrarwende forderten. Dieser Minister verdankte sein Mandat aber nicht der konservativen Opposition, sondern der damals auch in Niedersachsen (noch) regierenden SPD. Der Fall belegt, wie sehr der neue agrarpolitische Kurs der Bundesregierung auch nach anderthalb Jahren noch umstritten war: nicht nur in der konservativen Opposition, sondern auch in den agrarpolitischen Fachkreisen der SPD.

Letztlich hat aber auch diese Auseinandersetzung den neuen Kurs nicht stoppen, geschweige denn die alten agrarpolitischen Machtverhältnisse restituieren können. Im Ergebnis hat es zwar auch keinen Erdrutsch im Käuferverhalten zugunsten der Biolandwirtschaft gegeben. Wohl aber ist es, ausgehend von der BSE-Krise, zu einer erheblichen Verschärfung der Regeln gekommen, denen sich die Produzenten und

Anbieter von Lebensmitteln fügen müssen. Die betreffenden Standards sind heute nach dem Urteil aller Fachleute höher als je zuvor. Dieses Urteil wird auch von den Fachpolitikern aller Parteien quer über das gesamte politische Spektrum geteilt. In diskursiver Hinsicht handelt es sich hier insofern um ein völlig einheitliches Feld. Dieser Umstand mag seinen Teil dazu beigetragen haben, daß auch die Bevölkerung heute die Lebensmittelsicherheit der zurückliegenden Jahre für höher hält als vor 10 Jahren – nicht trotz der Skandale, sondern als Folge der Skandale. Das gilt möglicherweise auch für das Gebiet des Rindfleischs²³.

Abschließend bleibt festzuhalten, daß die beschriebenen Veränderungen zwar wichtig sind. Sie lassen sich jedoch kaum, als ein Beispiel für den Typ von Durchbruch in Richtung auf mehr Nachhaltigkeit interpretieren, auf den ich am Beginn dieses papers Bezug genommen habe. Es handelt sich lediglich um eine für alle überraschende, schnell verlaufende und tiefgreifende Erosion eines bis dahin überdurchschnittlich gut organisierten und etablierten Machtkartells. Ohne solche Veränderungen sind Durchbrüche in Richtung auf mehr Nachhaltigkeit allerdings kaum denkbar. Im Falle größerer Durchbrüche zugunsten von mehr Nachhaltigkeit ist die Herausforderung freilich noch größer: Während es sich im deutschen BSE-Fall um eine weithin ungeplante und in vielem „nur“ reaktive Veränderung handelte, verlangt die Agenda 21 Konzepte und deren möglichst weitgehend und gut geplante Umsetzung. Sie verweist damit auf das Gebiet des Change Management. Räumt man dabei der Frage der Macht und der Veränderung entsprechender Konstellationen den ihr gebührenden Stellenwert ein, so wird allerdings schnell deutlich, daß die Debatte über diesen Aspekt geplanten Wandels noch kaum begonnen hat.

6 Literatur

- Albrecht, H. (2000): Knochen, Blut und Politik. In: Die Zeit, Nr. 49/2000
- Brost, M; Freese, G.; Hoffmann, W.; Rohwetter (2001): Mahlzeit! Es ist angerichtet. In: Die Zeit, Nr. 2/2001
- Busse, T.; Gehrmann, W.; Grefe, C. (2001): Die Wahnsinns-Lobby. In: Die Zeit, Nr.3 /2001
- Drieschner, F. (2001): Kunden der Macht. In: Die Zeit, Nr. 4/2001
- Grote, J. R.; Gbikpi, B. (Eds.): Participatory Governance. Political and Societal Implications, Opladen
- Berkes, F.; Folke, C.; Colding, J. (Eds.) (1998): Linking Social and Ecological Systems. Management practises and social mechanisms for building resilience. Cambridge
- Hajer, M. (1995): The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process, Oxford

²³ In den zwei Jahren nach dem deutschen BSE-Skandal wurden in Deutschland 5,2 Millionen Rinder getestet, davon 216 positiv. Ein menschliches Opfer ist bis heute nicht bekannt geworden.

- Hoffmann, W. (2001): Die tausend Arme der Bauernverbände. In: Die Zeit, Nr. 3/2001
- Keller, R.; Hirsland, A.; Schneider, W.; Viehöver (Hrsg.) (2001): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Methoden, Opladen
- Kingdon, J.W. (2001): Agendas, alternatives, and public policies. 2nd Ed., New York
- Kuhnert, H.; Feindt, P.; Wragge, S; Beusmann, V. (2003): Nachfrage nach Öko-Lebensmitteln – Veränderungen durch BSE. In: Jahrbuch Öko-Landbau, 31. Jg., H.1, S. 29-32
- Lance, H.; Gunderson, H.; Holling, C.S. (2001): Panarchy. Understanding Transformations in Human and Natural Systems. Washington/Covelo/London
- Nullmeier, F. (2001): Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse? In: Keller, R.; Hirsland, A.; Schneider, W.; Viehöver (Hrsg.), Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Methoden, Opladen, S. 285-310
- Osterveer, P. (2001): Reinventing Politics. Reflexive Modernity and the European BSE-Crisis. Paper for the 5th Conference of the European Sociological Association, "Visions and Divisions", 28 August-1 September in Helsinki
- Sabatier, P.; Jenkins-Smith, H. (Eds.) (1993): Policy Change and Learning. An Advocacy Coalition Approach. Bolder /Colorado
- Schmidt, G.; Jasper, U. (2001): Agrarwende oder die Zukunft der Ernährung, München
- Schwab-Trapp, M. (2001): Diskurs als soziologisches Konzept. Bausteine für eine soziologisch orientierte Diskursanalyse. In: Keller, R.; Hirsland, A.; Schneider, W.; Viehöver (Hrsg.), Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Methoden, Opladen, S. 261-283
- Vorholz, F. (2001): Aus Wahnsinn klug werden. In: Die Zeit, Nr. 4/2001
- Wynne, B.; Dressel, K. (2001): Cultures of Uncertainty – Transboundary Risks and BSE in Europe. In: Sjöstedt, G.; Linnerooth-Bayer; Löfstedt, R.: Transboundary Risk Management. London, Pp.121 -154

artec-paper im Zeitraum Oktober 2002 – Mai 2005

Hellmuth Lange

Lebensstile. Der sanfte Weg zu mehr Nachhaltigkeit?, 17 S.

artec-paper Nr. 122, Mai 2005

Eva Senghaas-Knobloch, Guido Becke

Forschung in Aktion - Betriebliche Veränderungen im Dialog, 81 S.

artec-paper Nr. 121, November 2004

Lucia A. Reisch

Nachhaltiger Konsum: Aufgabe der „Neuen Verbraucherpolitik?“, 15 S.

artec-paper Nr. 120, November 2004

Hellmuth Lange

Rapid Change in Agricultural Policies. The BSE-Crisis in Germany (2000-2001), 21 S.

artec-paper Nr. 119, Oktober 2004

Carsten Rachuy, Tobias Warden

Probleme und Chancen der Benutzerschnittstellen bei Wearable Computern, 25 S.

artec-paper Nr. 118, Oktober 2004

Guido Becke

German Works Councils under Pressure. Institutional Learning as a Pathway to Enhance Their Capacities of Action, 66 S.

artec-paper Nr. 117, September 2004

Guido Becke

Indirect Regulation: A Remedy to Cure the Defects of European Environmental Policy? – The EMAS-Regulation, 57 S.

artec-paper Nr. 116, September 2004

Wilhelm Bruns

Hyper-Bonds – Applications and Challenges, 16 S.

artec-paper Nr. 115, Juli 2004

auch als pdf erhältlich

Yong-ho Yoo

Bi-directional Mixed Reality Electric Circuit - Virtual Equivalence, 10 S.

artec-paper Nr. 114, Juli 2004

auch als pdf erhältlich

Eva Senghaas-Knobloch

Global Economic Structures and „Global Governance“ in Labour Regulation Policy, 24 S.

artec-paper Nr. 113, Juli 2004

William T. Markham

Überleben in schwierigen Zeiten. Deutsche Umweltorganisationen im 20. Jahrhundert, 15. S

artec-paper Nr. 112, Juni 2004

Jörg Richard, Wilhelm Bruns

Mensch und Maschine im Spielraum.

Technische Praxis und ästhetische Erfahrung, 24 S.

artec-paper Nr. 111, April 2004

Ulrich Dolata

Unfassbare Technologien, internationale Innovationsverläufe und ausdifferenzierte Politikregime. Perspektiven nationaler Technologie- und Innovationspolitiken, 35 S.

artec-paper Nr. 110, März 2004

Roland Bogun

“Umweltsünder“ oder “Vorreiter“? Über Bewertungs- und

Motivationsprobleme im Umweltmanagement an Hochschulen, 38 S.

artec-paper Nr. 109, Februar 2004

auch als pdf erhältlich

Hans Dieter Hellige

Zur Genese des informatischen Programmbegriffs: Begriffsbildung, metaphorische Prozesse, Leitbilder und professionelle Kulturen, 30 S.

artec-paper Nr. 108, Dezember 2003

Hans Dieter Hellige

Die Geschichte des Internet als Lernprozess, 24 S.

artec-paper Nr. 107, November 2003

auch als pdf erhältlich

Eva Senghaas-Knobloch

Globale Wirtschaftsstrukturen und "Global Governance" im Politikfeld Arbeit - Auftrag und Möglichkeiten der Internationalen

Arbeitsorganisation (IAO), 25 S.

artec-paper Nr. 106, November 2003, auch als pdf erhältlich

Guido Becke (Universität Bremen, artec), Brigitte Nagler (Universität Bremen, artec), Walter Punke (KDA, Stade), Eva Senghaas-Knobloch (Universität Bremen, artec), Gerhard Wegner (KDA, Hannover)

Balanceakt Begeisterung - mit Leib und Seele in der Arbeitswelt, 14 S.

artec-paper Nr. 105, November 2003

auch als pdf erhältlich

Hellmuth Lange, Julia Blinde (artec), Stefanie Böge (artec), Hiltrud Burwitz (ZWE), Günter Warsewa (ZWE)

"Informieren – Anbieten – Verordnen. Wege zu nachhaltigen

Konsummustern zwischen Konflikt und Konsens", 159 S.

artec-paper Nr. 104, November 2003, auch als pdf erhältlich

Eva Senghaas-Knobloch

Interdependenz, Konkurrenz und Sozialstandards. Probleme und Strategien bei der internationalen Normendurchsetzung, 26 S.

artec-paper Nr. 103, Januar 2003

auch als pdf erhältlich

F. Wilhelm Bruns, Hauke Ernst, Martin Faust, Paulo Gata Amaral, Hermann Gathmann, Sven Grund, Ian Hadfield, Jürgen Huyer, Ulrich Karras, Rainer Pundt, Kai Schmuldach

Distributed Real and Virtual Learning Environment for Mechatronics and Tele-service. Abschlussbericht zum EU-Forschungsprojekt

DERIVE, 50 S.

artec-paper Nr. 102, Dezember 2002

Khaled Abdelrahimsai-Pjau, Vahit Bilmez, Denis Böhme, Frank Euhus, Marcus Fährer, Torsten Fröhling, Thomas Gnewuch, Mathias Liebert, Daniel Mutis, Jörn Raffel, Ersin Ürer, Oliver Weickmann

Theater der Maschinen: Ein studentisches Projekt, 140 S.

artec-paper Nr. 101, November 2002

Forschungszentrum Arbeit-Umwelt-Technik (artec) (Hg.)

Kooperation. Eine fach- und professionsübergreifende Gestaltungsaufgabe. Tätigkeitsbericht für den Berichtszeitraum 2000 – 2002, 170 S.

artec-paper Nr. 100, November 2002

auch als pdf erhältlich

Hans Dieter Hellige

Wissenschaftsgenese und Wissenschaftskonzepte der informatischen Disziplin Computerarchitektur: Modelle der Artefaktstruktur, des Designraums und der Designkonflikte, Bericht des Theorieprojektes,

132 S.

artec-paper Nr. 99, November 2002

Forschungszentrum Arbeit-Umwelt-Technik (artec) (Hg.), Redaktion Brigitte Nagler

Gute Arbeit? Gute Umwelt? Gute Technik? Symposium anlässlich des 12-jährigen Bestehens des Forschungszentrums Arbeit-Umwelt-Technik (artec) am 11. und 12. Oktober 2001, Universität Bremen, Dokumentation der Beiträge, 116 S.

artec-paper Nr. 98, Oktober 2002

auch als pdf erhältlich

Weitere „artec-paper“ sind unter www.artec.uni-bremen.de/paper/paper.php zu finden.